



iran-report

Nr. 12/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Präsident noch immer ohne vollständiges Kabinett / Erklärung von 674 Politikern, Kulturschaffenden und Studenten / Neue Nachrichten zu Gandji / Ungewöhnlicher Protest von mehr als 180 Anwälten gegen die Inhaftierung von Gandjis Verteidiger Soltani / UNO beschuldigt Iran der Verletzung der Menschenrechte / Versuch, den Schaden von Ahmadinedschads Israel-Äußerungen zu begrenzen / Zwei Millionen Drogensüchtige

II. Wirtschaft

Staatsunternehmens-Aktien für Arme / Chipkarten für Benzin / Ahmadinedschads Generalangriff auf iranische Banken / Auslandsinvestitionen nehmen ab / Offener Brief des internationalen Verbandes freier Gewerkschaften / Deutsche Bleche und Rohre für Irans Raketenprogramm

III. Außenpolitik

IAEA-Gouverneursrat beschließt Wiederaufnahme der Atomverhandlungen / Widersprüche in der Atompolitik Teherans / Welches Ziel verfolgen die USA? / Deutschland drängt Iran zum Einlenken / Millionen Milizen unterstützen Irans Position im Atomstreit / Iran streckt Fühler nach Nordkorea aus / Britischer Botschafter einbestellt / EU-Parlament verurteilt Haltung gegenüber Israel / Kofi Annan sagt Iran-Reise ab / 10.000 Italiener vor der iranischen Botschaft in Rom / USA verlängern Sanktionen gegen Iran / Eine Milliarde Dollar Anleihe für Irak



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 01/2006 Anfang Januar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Dezember 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Ahmadinedschad immer noch ohne vollständiges Kabinett

Das iranische Parlament hat auch den dritten Vorschlag des Staatspräsidenten Ahmadinedschad für die Leitung des Ölministeriums abgelehnt. Das ist in der Geschichte der Islamischen Republik ein einmaliger Akt, der zu zahlreichen Spekulationen Anlass gibt. Wenn man in Betracht zieht, dass die Konservativen die absolute Mehrheit im Parlament haben und die Ablehnung vorwiegend aus dieser Fraktion erfolgte, gewinnt die Schlappe, die der Regierungschef einstecken musste, noch mehr an Bedeutung. Es weist darauf hin, dass der Traum der Konservativen, mit der Wahl Ahmadinedschads endlich die gesamte Macht monopolisiert zu haben, schon zu Ende gegangen ist, bevor er begonnen hat. Die mehrfache Spaltung in diesem Lager ist nicht mehr zu übersehen. Der Grund dafür ist nicht nur in den wachsenden Machtkämpfen zu suchen, die schon seit geraumer Zeit im Gange sind, er liegt auch in den Maßnahmen, die Ahmadinedschad in den drei Monaten, die er im Amt ist, eingeleitet hat.

Mit diesen Maßnahmen, auch mit seinen Äußerungen hatte der frisch gewählte, unerfahrene und wohl auch ideologisch verbrämte Präsident, der zudem über auffallend geringen Sachverstand verfügt, viel Porzellan zerschlagen. Seine außenpolitischen Stellungnahmen, insbesondere die zu Israel, in der gefordert worden war, das Land von der Weltkarte zu tilgen, haben international Empörung hervorgerufen. Auch seine Rede auf der UN-Vollversammlung in New York, die er ohne jede Rücksichtnahme auf diplomatische Gepflogenheiten vortrug, erinnerte an dogmatische, mit undifferenzierten Parolen bestückte politische Stellungnahmen der sechziger Jahre. Hinzu kam sein konfrontativer Kurwechsel bei den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm. Damit hat der neue Präsident nicht nur dem ohnehin nicht so hohen Ansehen des Landes erheblich geschadet.

Auch innenpolitisch war der von ihm angerichtete Schaden nicht gering. Er, der die Wahl mit populistischen Parolen, mit dem Versprechen an Barfußige und Habenichtse, endlich soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, gewonnen

hatte, schlug dem Parlament, nachdem sein erster Vorschlag abgelehnt worden war, für das Ölministerium einen Milliarden vor, der mehrfach wegen Korruption angeklagt worden war. Die meisten Mitglieder seines Kabinetts stammen wie er selbst aus dem militärischen und geheimdienstlichen Bereich. Er hat mehrmals seine Vorgängerregierungen scharf kritisiert und sie der Korruption bezichtigt. Die Konsequenz aus dieser Kritik war, dass er sämtliche hochrangige Positionen in der Regierung neu besetzte und erfahrene Fachleute gegen politische Anfänger, die zum Teil aus seiner Verwandtschaft stammen, austauschte. Über Nacht feuerte er zum Beispiel sämtliche Direktoren der staatlichen Banken. Die nationale Börse, die seit Monaten so gut wie brach liegt, soll jetzt von einem jungen Mann im Alter von 26 Jahren geleitet werden. Auch die Botschafter an vierzig iranische Auslandsvertretungen, von denen die meisten zu den Reformern gezählt werden, sollen zurückberufen und durch neue ersetzt werden.

Diese und ähnliche Maßnahmen haben die alten, erfahrenen Politiker aus dem Lager der Konservativen, die nun auch ihre privaten Interessen gefährdet sehen, auf den Plan gerufen. Die Kritik am neuen Präsidenten wurde immer lauter, soweit, dass in diesen Tagen in Parlamentarierkreisen Gerüchte über ein mögliches Misstrauensvotum zu vernehmen sind. Manche politischen Beobachter wollen sogar von Plänen wissen, die den Sturz des Präsidenten vorbereiten sollen. Wie auch immer, die allgemeine Lage des Landes hat sich in den vergangenen Monaten zunehmend verschlechtert. Die Wirtschaft ist stark verunsichert. Viele Unternehmer schafften ihr Kapital ins Ausland. Der Druck auf die Bevölkerung wächst. Auch der Konflikt um das Atomprogramm hat Angst und Unsicherheit verbreitet. Niemand weiß, wie die Zukunft aussieht. Man hofft auf ein Wunder.

Erklärung von 674 Politikern, Kulturschaffenden und Studenten

674 Politiker, Kulturschaffende, Studenten und Sozialengagierte haben unter dem Titel: „Ein Wort an das Volk – eine Warnung an die Staatsführung“ eine ungewöhnlich kritische Erklärung veröffentlicht, in der die Staatsführung der Korruption, Machtgier und



Verantwortungslosigkeit bezichtigt wird.

Der achtjährige Versuch, von innen heraus den Staat zu reformieren, sei gescheitert, heißt es in der Erklärung. Eine „manipulierte und militärisch organisierte Wahl“ habe die Staatsführung den Fundamentalisten übertragen und damit das Land politisch und sozial an die Schwelle eines höchst gefährlichen Abgrunds geführt.

Im Folgenden geben wir die wichtigsten Passagen wieder:

Juristisch sei nun offensichtlich geworden, dass nicht nur die Rechte des Volkes permanent missachtet werden, das Volk hätte auch kein Recht, einen Staatspräsidenten zu wählen. Ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger des Landes, wie zum Beispiel Frauen und Angehörige religiöser Minderheiten, hätten von vornherein keine Chance, sich zur Wahl zu stellen. Hinzu kämen alle Bewerber, die nicht gewillt und bereit seien, als „Befehlsempfänger“ der Machthaber zu fungieren.

„Nun sind alle staatlichen Organe und Instanzen in der Hand einer Fraktion“, schreiben die Autoren. „Diese Fraktion wird nun, durch eine konfrontative Politik nach außen und einer Politik zunehmender Einschränkungen, Bespitzelungen und Repressionen nach innen, das Land täglich in eine neue Krise stürzen. Sie wird versuchen durch massive Unterdrückung, wie wir es in den Provinzen Kurdistan und Chusistan erlebt haben, ihre Macht zu erhalten. Diese Regierung missachtet die Rechte und Freiheiten der Bürger, internationale Verpflichtungen und Vereinbarungen, die Konvention der Menschenrechte, internationale Vereinbarungen über zivile, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Grundsätze. Sie ignoriert sogar die in der Verfassung verankerten Rechte des Volkes. Sie merkt nicht, dass in der Zeit des modernen Austauschs von Informationen, der erleichterten Kommunikation und des zunehmenden Bewusstseins der Völker über die eigenen Rechte, eine solche Politik und solche Taktiken der Geschichte angehören und keinen Bestand mehr haben können.“

Heute seien die staatlich geführten Medien, die vom Volk finanziert werden, mit der langweiligen Lobpreisung der Regierung beschäftigt und hoffen, mit dieser Art von „Gehirnwäsche“ der

Regierung Schützenhilfe leisten zu können. Die kritischen Zeitungen und Internetdienste werden durch Verbote bzw. Filterungen ausgeschaltet, während die staatlich abhängige Presse Narrenfreiheit genießt. Die wenigen übriggebliebenen unabhängigen Zeitungen haben entweder mit einer rigorosen Zensur zu kämpfen oder sie begehen aus Angst vor dem Tod durch Selbstzensur Selbstmord. Die Grundsätze unseres Glaubens sind durch Lügen und Verlogenheit, durch rechts- und wahrheitswidrigen Taten der Staatsführung, die die Religion für sich gepachtet hat, entweder verloren gegangen oder stark geschwächt. Die zügellose Verbreitung der Drogensucht, der Verlust moralischer und familiärer Werte, Ehrverletzungen, Suizide, politische Mordanschläge (wie die Serienmorde von 1998), die permanente Verletzung der Rechte der Bürger, die Einmischungen in das Privatleben, die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit der Jugend und vieles andere mehr sind Ergebnisse einer willkürlichen Kultur- und Sozialpolitik.

In der Wirtschaft wird die Macht der Monopole immer weiter ausgebaut, während auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit steigt, die Inflation zunimmt und die besten Köpfe aus dem Land fliehen. Geldwäsche, zunehmende Korruption in den Reihen der Machthaber, Willkür der Rechtsprechung, Veruntreuung des Volkseigentums zeichnen die herrschende Macht aus. Die Außenpolitik beschert uns immer mehr Feinde, sie ist planlos und gegen unsere nationalen Interessen gerichtet.

Zeugen nicht die Begriffe „islamischer Staat“ oder „islamische Regierung“, die in den Reden, Interviews, ja sogar Urteilsverkündungen immer häufiger verwendet werden, davon, dass die neue Regierung den Volkswillen missachtet und den Begriff „Republik“ längst zu den Akten gelegt hat? (Statt der offiziellen Bezeichnung „Islamische Republik Iran“ sprechen Ahmadinedschad und seine Anhänger nur noch vom „Islamischen Staat“, obwohl sie mehrmals dafür im Parlament kritisiert wurden - B.N.)

Die neuen Machthaber wiederholen skrupellos ihre Parolen, sie zeigen links und laufen rechts. Aber lassen sich die Probleme unseres Landes mit Parolen lösen? Kann eine Regierung, die aus Militärs und Geheimdienstlern besteht und freie Meinungen unterdrückt,



die propagierte allgemeine Solidarität verwirklichen? Kann sie, wie angekündigt, den Kampf gegen Korruption aufnehmen? Sind jene Mitglieder der Regierung, die Jahre lang an den Schaltebeln der Wirtschaft saßen, ohne jemanden gegenüber verantwortlich zu sein, dazu in der Lage? Können jene, die für sich Privilegien in Anspruch genommen und offen oder versteckt die Häfen und Flughäfen illegal benutzt haben, um auf dem Schwarzmarkt ihre Geschäfte zu machen, ernsthaft gegen Korruption kämpfen? Sind diese Menschen, die das Volk und die Wirtschaft ausgebeutet und ruiniert haben, imstande, soziale Gerechtigkeit zu schaffen?

Der Konflikt um das Atomprogramm schwebt wie ein Damoklesschwert über unseren Köpfe. Karrieresucht, Unwissenheit und Tarnspiele haben unsere nationalen Interessen verschleudert und dazu geführt, dass die am 2. September 2003 vereinbarte vorübergehende Aussetzung der Urananreicherung zu einem Dauerzustand geworden ist. Die Unreife der Machthaber, die statt Vernunft walten zu lassen, radikale Parolen zum Besten geben, hat das Damoklesschwert schärfer gemacht und die Existenz und Souveränität unseres Landes einer großen, ernststen Gefahr ausgesetzt. Selbstverständlich sind wir gegen den Versuch ausländischer Großmächte, uns ihren Willen aufzuzwingen. Aber wir sind auch dagegen, dass die Machthaber unseres Landes Vorteile genießen und dass am Ende das Volk die Zeche bezahlt. Sicher ist, dass die künstliche außenpolitische Krise, die die Machthaber selbst erzeugt haben, unseren nationalen Interessen schadet und innenpolitisch gegen jene Kräfte eingesetzt werden soll, die nach Demokratie und Freiheit streben. Jeder weiß, dass für das iranische Volk Freiheit und Demokratie weit wichtiger sind als das Atomprogramm. Wenn wir eine demokratische Regierung hätten, gäbe es keinen Vorwand für ausländische Mächte, uns von der friedlichen Nutzung der Atomenergie und von der Entwicklung moderner Technologien abzuhalten.

Wir möchten die Regierung warnen. Sie sollte wissen, dass der Staat dem Volk und nur dem Volk zu dienen hat, dass niemand das Recht hat, sich als absoluter Herrscher über das Volk zu stellen und über die Legislative, Judikative und Exekutive zu bestimmen, ohne jemanden gegenüber verantwortlich zu

sein. Es hilft auch nichts, wenn der Betreffende gelegentlich die Rolle der Opposition spielt und andere Instanzen kritisiert.

Wir Unterzeichner dieser Erklärung wollen verhindern, dass die bereits geschlagenen Wunden noch tiefer werden, wir wollen, dass unser Land aus dieser Sackgasse, in die wir geraten sind, herauskommt. Daher fordern wir, fernab von jeglicher Gewaltanwendung, dass Reformen durchgeführt werden. Dies soll geschehen auf der Grundlage der Konvention der Menschenrechte, gesellschaftlicher Freiheiten und eines Rechtsstaats, der sich für Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit einsetzt. Dabei soll mit jenen Kräften, die sich außerhalb der Machthierarchie befinden, zusammengearbeitet werden. Wir rufen alle, die sich für Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes einsetzen wollen, dazu auf, sich der zerstörerischen und rückwärts gerichteten Politik entgegenzustellen, damit die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Sicherheit unseres Landes nicht noch größeren Gefahren ausgesetzt werden. Wir wollen, dass die Atom- und Menschenrechtspolitik, die zu einer einmaligen, internationalen Frontbildung gegen unser Land geführt haben, aufhören und der Schaden, den sie angerichtet haben, so rasch wie möglich von unserem Land abgewendet wird.

Neue Nachrichten zu Gandji

Am 2. November hat Human Rights Watch große Besorgnis um das körperliche Wohlbefinden von Akbar Gandji ausgedrückt. Der kritische Journalist befindet sich seit mehr als fünf Jahren wegen seiner regimekritischen Schriften in Haft. Die Menschenrechtsorganisation appellierte an die Regierung in Teheran, Gandji sofort und ohne weitere Auflagen freizulassen. Gandji hatte in einem Brief erklärt, dass er von Justizbeamten gefoltert werde, damit er seine Schriften verleugnet. Human Rights Watch erklärte, dass die iranische Regierung dafür verantwortlich sei, sollte dem Journalisten etwas zustoßen. „Gandji befindet sich in einer äußerst misslichen Lage“, sagte Joe Stock, stellvertretender Leiter der Abteilung für den Nahen Osten von Human Rights Watch. „Die Behörden üben einen immensen Druck auf ihn aus, um zu erreichen, dass er seine schriftlichen Beiträge widerruft.“



Am 3. November forderten die USA Iran auf, Gandji freizulassen. US-Außenamtssprecher Sean McCormack sagte in Washington, nach Angaben von Gandjis Frau und internationaler Organisationen sei der Journalist in der Haft misshandelt worden und es bestehe „ernste Gefahr für seine Gesundheit“. Gandji habe nichts anderes getan, als sich friedlich für das Recht auf freie Meinungsäußerung und für Demokratie einzusetzen. „Seine Haft und jegliche unmenschliche Behandlung sind schwere Verletzungen der Menschenrechte. Die USA fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Akbar Gandji und den unverzüglichen Zugang zu medizinischer und rechtlicher Betreuung.“

Am 7. November veröffentlichte Gandjis Frau, Masumeh Schafii, eine Stellungnahme zu den Äußerungen des Direktors der Teheraner Gefängnisse, Sohrab Soleimani. Dieser hatte der Presse gegenüber erklärt, über Gandji gäbe es keine besonderen Vorkommnisse zu melden. „Ich verstehe nicht, was Herr Soleimani damit meint“, schrieb Frau Schafii. Ist das Foltern eines wehrlosen Gefangenen, der dazu noch einen wochenlangen Hungerstreik hinter sich hat, nichts Besonderes? Ist es nicht erwähnenswert, dass ihm die Schulter ausgerenkt wurde, dass ihm ausreichende Nahrung, ärztliche Behandlung und Medikamente vorenthalten wurden?“ Warum werde Gandji „versteckt“, warum werde ihm nicht erlaubt, Besuche zu empfangen, fragte Schafii. „Wenn ihr ihn töten wollt, lasst wenigstens die Quälerei sein“, heißt es in der Stellungnahme.

Am 15. November verlieh die regierungsunabhängige Organisation „Information, Sicherheit und Freiheit“ in Siena (Italien) den Preis „Pressefreiheit“ an Akbar Gandji. Vor der Preisverleihung sagte der Sprecher des Rathauses in Siena, es sei ein Fehler zu glauben, Muslime könnten keine Demokraten sein. Gandji sei ein gläubiger Muslim, er sitze in Haft, weil er für Demokratie und Freiheit gekämpft habe. Bei der Feier, die im Rathaus stattfand, wurde ein Videofilm gezeigt, auf dem Gandjis Frau sich für den Preis bedankte. „Dieser Preis gibt mir die Zuversicht, dass ich nicht alleine bin“, sagte sie. Der Preis wird seit fünf Jahren an Journalisten vergeben, die sich besonders um die Pressefreiheit verdient gemacht haben.

Auch die internationale Schriftstellervereinigung PEN mit Hauptsitz in Paris vergibt ihre „Goldene Feder“ an Gandji. Der Preis soll im Februar 2006 auf der PEN-Jahresversammlung in Moskau übergeben werden. Zur Begründung hieß es, Gandji habe mutig gegen die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung Widerstand geleistet.

In einem Interview mit Radio Farda sagte Frau Gandji auf die Frage, ob ihr Mann die Nachricht von den Preisverleihungen erhalten werde: „Wenn man mir eine Besuchserlaubnis erteilen würde, bekäme er selbstverständlich die Nachricht von mir. Auch wenn unsere Zeitungen darüber berichten würden, würde er davon erfahren. Dies wird sicherlich seine Widerstandskraft stärken. Er wird feststellen, dass man ihn nicht vergessen hat und seinen Kampf für die Freiheit der Meinungsäußerung würdigt.“

Die bislang letzte Nachricht zu Gandji stammt vom 26. November. In einer Fax-Sendung an die Internetseite „Emrooz“ berichtet Frau Gandji, dass ihr der zuvor genehmigte Besuch bei ihrem Mann ohne Begründung verweigert worden sei. Sie sei gemeinsam mit ihren Kindern, Gandjis Mutter und Geschwistern zum Gefängnis gegangen. Man habe sie eine ganze Stunde warten lassen und ihr danach mitgeteilt, dass die Besuchserlaubnis aufgehoben worden sei. „Wir haben keine Ahnung, was schon wieder passiert ist, dass sie uns den Besuch nicht erlauben wollen“, schrieb Frau Gandji.

Ungewöhnlicher Protest von mehr als 180 Anwälten gegen die Inhaftierung von Gandjis Verteidiger Soltani

In der Justizgeschichte Irans ist es wohl einmalig, dass so viele Anwälte in einem so heiklen Fall eine gemeinsame Erklärung veröffentlichten. Die Unterzeichner des offenen Briefes an Justizchef Mahmud Scharhrudi forderten die sofortige Freilassung von Gandjis Anwalt Abdolfattah Soltani.

Wie es in dem Schreiben heißt, wurde der Anwalt vor fast vier Monaten verhaftet und 42 Tage lang in Einzelhaft gehalten. Soltani habe keinerlei Rechtsbeistand, da ihn seine Verteidiger bislang nicht besuchen durften. Die Informationen, die die Staatsanwaltschaft bisher über den Fall erteilt habe, seien „sehr widersprüch-



lich". Die Anwälte fordern den Justizchef auf, „Soltani gegen eine Kautionsfreizulassung und falls nötig, die Vorwürfe gegen ihn in einem öffentlichen Prozess zu behandeln.“

Soltani vertrat neben Gandji auch die Familie der iranisch-kanadischen Fotojournalistin, die während der Untersuchungshaft ermordet wurde. Am 27. Juli 2005 hatten fünf Justizbeamte vier Stunden lang die Privatwohnung Soltanis durchsucht und einige Unterlagen und private Gegenstände beschlagnahmt. Der Anwalt bekundete seinen Protest gegen die Willkür der Justiz, indem er am 30. Juli im Büro des Anwaltsvereins einen Sitzstreik durchführte. Wenige Stunden danach drangen Beamte in Zivil in die Räume des Vereins ein und verhafteten den Anwalt. Einen Tag später erklärte Justizsprecher Karimi Rad, Soltani werde vorgeworfen, geheime Unterlagen über das iranische Atomprogramm an Dritte weitergegeben zu haben. Diesen Vorwurf wiederholte auch der Teheraner Staatsanwalt, Said Mortazawi. Soltani habe Staatsgeheimnisse an ausländische Botschaften verraten, sagte Mortazawi vor der Presse.

UNO beschuldigt Iran der Verletzung der Menschenrechte

Der UN-Sozial- und Menschenrechtsausschuss verabschiedete am 19. November auf Antrag Kanadas mit 77 gegen 51 Stimmen bei 46 Enthaltungen eine Resolution, in der die Islamische Republik Iran aufgefordert wird, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit des iranischen Volkes zu respektieren sowie die Schikane und Verfolgung von Oppositions- und Menschenrechtsgruppen einzustellen. „Folter und die Hinrichtung von Kindern, die Verweigerung der Meinungsfreiheit, die Verfolgung von Frauen und bestimmter religiöser Gruppen – all dies wird fortgesetzt und verschlimmert sich in einigen Fällen in Iran“, sagte der kanadische UN-Botschafter Allan Rock.

Die Gegner der Resolution warfen dem Ausschuss vor, mit zweierlei Maß zu messen. Eine Zustimmung bedeute, das Vorgehen der UN gutzuheißen, die Menschenrechtssituation in Entwicklungsländern zu kritisieren, nicht aber in den starken Industriestaaten, sagte der Vertreter Sudans.

Versuch, den Schaden von Ahmadinedschads Israel-Äußerungen zu begrenzen

Nachdem die Äußerungen Ahmadinedschads, Israel solle von der Weltkarte getilgt werden, weltweit Empörung ausgelöst hatten, versuchten führende Politiker in Iran den Schaden, den der Präsident angerichtet hatte, zu begrenzen.

Revolutionsführer Ali Chamenei betonte, Teheran bedrohe kein Land. „Wir werden weder irgendetwas anderes Land in der Welt angreifen noch dessen Rechte verletzen“, erklärte Chamenei bei einer Feier zum Ende des Fastenmonats Ramadan.

Auch der Vorgänger Ahmadinedschads, Mohammad Chatami, nahm, ohne seinen Nachfolger namentlich zu nennen, zu dessen Äußerungen Stellung. Er sagte: „Die Islamische Republik Iran hat keineswegs die Mission, den Islam in die ganze Welt zu exportieren. Wir sollten es unterlassen, zu glauben, wir wären dazu berufen, sämtliche Staaten der Welt nach unseren Vorstellungen zu verändern. Mit solchen Äußerungen schaffen wir nur zusätzliche wirtschaftliche und politische Probleme und richten auf der ganzen Welt Unheil an.“

Diesen Bemühungen um Schadensbegrenzung schloss sich auch Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsadjani an. „Wir haben stets das Judentum hoch geachtet und haben auch nie die Absicht gehabt, die Souveränität irgendeines anderen Landes in Frage zu stellen oder anzugreifen“, sagte Rafsadjani beim Freitagsgebet.

Zwei Millionen Drogensüchtige

Nach Medienberichten gibt es in Iran rund zwei Millionen Drogensüchtige. Zeitungen in Teheran zitierten am 27. November einen hohen Polizeioffizier, der die Zahl der Süchtigen mit etwa 2,2 Millionen angab. Er sagte, das der Anteil von Konsumenten harter Drogen wie Heroin und Opium zurückgehe. Nach offiziellen Berichten sind landesweit allein im laufenden Jahr mehr als 3000 iranische Polizeibeamte bei Zusammenstößen mit Drogenschmugglern getötet worden.

Iran liegt an der Hauptroute der Schmuggler, die Drogen aus Afghanistan und Pakistan auf die Märkte am Persi-

schen Golf und nach Europa bringen. Die Behörden verstärkten daher den Schutz der Außengrenzen. Die 945 Kilometer lange Grenze nach Afghanistan wird mit Militärposten, elektronischer Überwachung und Stacheldrahtzäunen gesichert. 25 Millionen Dollar wurden dafür bereitgestellt.

II. Wirtschaft

Aktien von Staatsunternehmen für Arme

Gemäß dem zuvor im Wahlkampf angekündigten Einsatz für soziale Gerechtigkeit, will die neue Regierung Ahmadi-nedschads den Aktienbesitz in der Islamischen Republik fördern und bietet ärmeren Familien dabei finanzielle Unterstützung an.

Einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge sollen den Betroffenen Aktien an Staatsunternehmen angeboten werden, die im Laufe von 20 Jahren abgezahlt werden. Das Kabinett habe den Plänen bereits zugestimmt. Den Angaben nach hat das Sozialministerium in Teheran nun zwei Monate Zeit zu entscheiden, welche Familien für besondere Aktienangebote in Frage kämen.

Nach Meinung von Beobachtern ähnelt das Angebot einem früheren Vorschlag von Börsen-Chef Hossein Abdoh-Tabrizi, der im Juni angeregt hatte, rund 14 Millionen Haushalten die Möglichkeit zu geben, jeweils Aktien im Wert von umgerechnet rund 9200 Euro zu erwerben. Tabrizi sprach damals von einer „massiven Privatisierungswelle“

Das Angebot soll neben der Unterstützung armer Familien den seit Monaten brachliegenden Aktienmarkt neu beleben. Nach etlichen Jahren steigender Kurse ist der Aktienmarkt nahezu völlig zusammengebrochen. Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung haben die Kapitalflucht ins Ausland verstärkt. Der Staat will mit der Verteilung von Aktien Abhilfe schaffen.

Chipkarten für Benzin

Ab März nächsten Jahres gibt es subventioniertes Benzin nur noch auf Chipkarten. Das hat das Parlament beschlossen. Die Kosten tragen die Verbraucher. Damit soll, wie die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtet, der landesweite Verbrauch von Benzin und Diesel unter Kontrolle gebracht werden. Ferner lehnte das Parlament den Antrag einiger Abgeordneter ab, die staatlichen Subventionen für importiertes Benzin zu streichen.

Nach offiziellen Angaben des Ölministeriums liegt der durchschnittliche Benzinverbrauch in Iran pro Tag bei 66 Millionen Liter und der Verbrauch von



Diesel bei 89 Millionen Liter. Da die Eigenproduktion zur Deckung des Benzinbedarfs nicht ausreicht, führt Iran täglich rund 30 Millionen Liter Benzin ein. Dieser Teil des Benzins wird, obwohl wesentlich teurer, zum selben Preis wie das inländische Benzin verkauft. Die Differenz wird vom Staat bezahlt - eine hohe Belastung. Daher soll diese Subvention, zumindest zu einem Teil, durch eine Preiserhöhung von den Verbrauchern getragen werden. Die Regierung hat sich jedoch einen anderen Weg einfallen lassen. Es soll künftig zwei verschiedene Preise für Benzin geben, einmal billiges, vom Staat subventioniertes und zum anderen teures Benzin, das zum tatsächlichen Marktpreis verkauft wird.

Jeder Verbraucher soll nun mit der Chip-Karte eine festgelegte Menge von Benzin zum billigen Preis kaufen können. Was er darüber hinaus braucht, kann er auf dem freien Markt kaufen.

Alle Fahrzeugbesitzer sind aufgefordert, ab 22. November innerhalb von drei Wochen Anträge zum Erhalt der Chip-Karte einzureichen. Die Kosten für das ganze Unternehmen, Ausstellung von Chip-Karten und landesweites Aufstellen von Leseautomaten an mehr als 2000 Tankstellen, werden nach Angaben der Regierung 43 Milliarden Tuman (etwa 43 Millionen Euro) betragen.

Gegenwärtig kostet ein Liter Benzin in Iran 80 Tuman (8 Cent), während der Preis für das importierte Benzin drei bis viermal höher liegt. Nach Einschätzung von Experten wird der durchschnittliche Tagesverbrauch an Benzin in den nächsten fünf Jahren auf 100 Millionen Liter steigen. Im laufenden Jahr werden die staatlichen Subventionen für Benzin die Höhe von vier Milliarden Dollar erreichen. Die Chip-Karten-Aktion soll nun Abhilfe schaffen und den Staat entlasten.

Ahmadinedschads Generalangriff auf iranische Banken

Bereits während des Wahlkampfes hatte der im Juli gewählte Staatspräsident Ahmadinedschad im Zuge seines populistischen Programms nicht nur den Wohlhabenden, die sich „auf Kosten des Volkes bereichert haben“, mit Sanktionen gedroht, sondern auch die Banken bezichtigt, durch eine verderbliche Finanzpolitik Millionen in Armut getrieben zu haben. Kaum im Amt kündigte

er folgerichtig einen Angriffsplan auf die Finanzinstitute an. Er wolle die Zinsen drastisch senken, die Korruption bekämpfen und Reformen durchsetzen. Der erste Schlag traf die Direktoren staatlicher Banken. Wie bei einem Staatsstreich wurden die Ahnungslosen von heute auf morgen auf die Straße gesetzt. Deren Posten wurden von zu meist Unerfahrenen übernommen.

Überraschend war auch, dass die Umbesetzungen nicht wie bisher üblich vom Wirtschafts- und Finanzminister, sondern direkt vom Staatspräsidenten angeordnet wurden.

Er werde künftig auf jeder Versammlung die Banken an den Pranger stellen, sagte Ahmadinedschad dem Lehrpersonal der Basjdi Organisation (Milizen für den Aufbau) an den Universitäten. Die Banken würden jährlich rund dreißig Milliarden Euro für Billigkredite verschleudern, sagte er. Mit diesem Geld hätte man drei Millionen Arbeitsplätze schaffen können. Dabei seien im besten Fall 700.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. „Hätten sich die Banken an den Zielsetzungen der Revolution orientiert, wären viele Probleme des Landes gelöst worden“, sagte der Präsident. Er ließ die Tatsache unberücksichtigt, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht zu den Aufgaben der Banken gehört.

Erstaunlich ist auch, dass es der Präsident selbst war, der schon kurz nach seiner Amtsübernahme die staatlichen Banken dazu verpflichtet hatte, Familien mit niedrigem Einkommen, insbesondere Jungendlichen, die eine Familie gründen wollten, Billigkredite anzubieten.

Sachverständige sind der Meinung, dass die Gründe für den Misserfolg staatlicher Banken zum Einen auf hohe Personalkosten und zum Anderen darauf zurückzuführen seien, dass ihre Aktivitäten eher sozial motiviert seien. Gegenwärtig sind in den 16200 Filialen staatlicher Banken 173000 Menschen beschäftigt.

Grundsätzlich vertritt Ahmadinedschad die Ansicht, dass Banken nicht das Ziel verfolgen sollten, ihr Kapital zu vermehren; sie sollen in erster Linie den Armen und Minderbemittelten durch Kreditvergaben das Leben erleichtern.

Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung, die mit dem Versprechen an



die Macht gekommen ist, jede Familie müsse an den Öleinnahmen direkt beteiligt werden, hat die iranische Wirtschaft stark verunsichert. Die Börse ist dem Ruin nah. Die Kapitalflucht ins Ausland hat rapide zugenommen, es werden weit weniger Investitionen getätigt, als in der Zeit vor den Präsidentschaftswahlen.

Ausländische Investitionen nehmen ab

Seit der Wahl der Regierung Ahmadinedschads haben ausländische Investitionen in Iran kontinuierlich abgenommen. Wie aus dem jüngsten Bericht der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) hervorgeht, hatten direkte Kapitalinvestitionen aus dem Ausland in den Jahren zwischen 1998 bis 2004 eine Steigerung von 30 Millionen Dollar auf 500 Millionen Dollar erreicht. Wie jedoch der Wirtschaftsredakteur des persischsprachigen Auslandsenders Radio Farda, Fereydu Chawand, berichtet, ist seit einigen Monaten ein Abwärtstrend der Auslandsinvestitionen zu verzeichnen, was offenbar auf die iranische Außenpolitik und die innerpolitischen Ereignisse zurück zu führen sei.

Auslandsinvestitionen sind, trotz der Steigerungen der letzten Jahre, gemessen an potentiellen Möglichkeiten, die Iran bietet, ohnehin sehr gering. Doch es schien, dass die Öffnung nach außen und eine gewissen Liberalisierung im Inland in der Ära Chatami, ausländische Unternehmen dazu ermunterte, in Iran mehr als in den Jahren davor zu investieren.

Zwar gäbe es für dieses Jahr noch keinen abschließenden Bericht, schreibt Chawand, doch es gäbe Indizien, die auf einen spürbaren Rückgang der Auslandsinvestitionen hinweisen. Hossein Salimi, Abteilungsleiter für Investitionen in der iranischen Industrie- und Handelskammer, erklärte, im laufenden Jahr (das persische Jahr beginnt am 21. März) habe es keine neuen Auslandsinvestitionen gegeben. Investitionen, die getätigt wurden, beträfen laufende Projekte aus vergangenen Jahren. Er fügte hinzu: „Anscheinend wollen die Investoren den Ausgang des Konflikts um das iranische Atomprogramm abwarten.“ Dies bestätigte auch der einflussreiche Parlamentsabgeordnete Hassan Sohani, der sagte, der Atomstreit habe sich auf ausländische Investitionen negativ ausgewirkt.

Offener Brief der ICFTU

Die International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU), die mit 125 Millionen Mitgliedern in 145 Ländern vertreten ist, hat in einem offenen Brief an den iranischen Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad die harten Urteile gegen zwei aktive Gewerkschaftsmitglieder in Iran scharf kritisiert.

Im vergangenen Jahr wurden bei den Kundgebungen der Gewerkschaften am 1. Mai in der Stadt Saghez (Provinz Kurdistan) mehrere Teilnehmer festgenommen. Nach mehr als einem Jahr wurden nun zwei von ihnen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Mahmud Salehi, der frühere Sprecher der Bäcker-gewerkschaft in Saghez und Mitglied des Koordinationskomitees zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften, wurde zu fünf Jahren Gefängnis und drei Jahren Verbannung und sein Kollege Djalal Hosseini zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Weitere Gewerkschaftsmitglieder warten noch auf ihr Urteil.

Der Leiter der juristischen Abteilung der ICFTU sagte in einem Interview mit der BBC: „ Die ICFTU ist über die Vorgehensweise der Regierung Ahmadinedschad und der Vorgängerregierung höchst empört. Denn beide Regierungen haben unsere Forderung, die inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder freizulassen, ignoriert. Wir haben uns seit Mai 2004 mehrmals an die iranische Regierung gewandt und keine Antwort erhalten.“ Nach der Festnahme der Kundgebungs Teilnehmer habe man zwölf Tage lang nicht gewusst, wo sich die Festgenommenen aufhalten. Sie seien in der Untersuchungshaft misshandelt worden. Man habe sogar in ihren Privatwohnungen belastende Unterlagen versteckt, um diese später bei Hausdurchsuchungen „entdecken“ und als Beweismaterial gegen die Gefangenen verwenden zu können.

In dem offenen Brief der ICFTU an Ahmadinedschad heißt es: „Ihre Regierung ist aufgrund der Mitgliedschaft Irans in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verpflichtet, die Freiheit zur Bildung von Gewerkschaften und die Freiheit der Arbeiterorganisationen zu akzeptieren. Demnach sind die Arbeiter dazu berechtigt, an friedliche Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai teilzunehmen und mit Arbeiterorganisationen wie ICFTU zusammenzuarbeiten.“



Auf die Frage der BBC, welche Konsequenzen es haben würde, wenn die iranische Regierung weiterhin die Forderungen der ICFTU ignorieren würde, sagte der Leiter der juristischen Abteilung der Organisation, in der Satzung der ILO sei zwar die Kündigung von Mitgliedsstaaten nicht vorgesehen. Dies bedeute jedoch nicht, dass die ILO keine „diplomatischen oder auch nichtdiplomatischen“ Möglichkeiten hätte, um ein Land unter Druck zu setzen. „Auch wir haben die Möglichkeit, unsere Mitglieder aufzufordern, ihre Regierungen dazu zu bewegen, auf Iran Druck auszuüben.“

Die ILO hatte in den ersten Jahren nach der Revolution (1979) Iran immer wieder kritisiert. Sie hat Iran vorgeworfen, Schwerbeschädigte bei der Beschäftigung ungerecht zu behandeln, die Rechte der Frauen zu missachten und die Bahais (religiöse Minderheit) zu unterdrücken. Doch bei der diesjährigen Tagung der ILO im Juni in Genf wurde der Name Irans aus der Liste jener Staaten, die die Rechte der Arbeiter missachten, herausgestrichen. Dieses Entgegenkommen sollte Iran dazu ermuntern, die begonnene Reformierung der Arbeitsgesetze fortzusetzen. Der Generalsekretär der ILO hatte bei seinem Besuch im Mai dieses Jahres in Teheran die Hoffnung geäußert, dass Iran in naher Zukunft die Bildung freier und unabhängiger Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden erlauben werde.

Die ILO hatte nach der Revolution ihre Zusammenarbeit mit Iran praktisch eingestellt und ihr Büro in Teheran geschlossen, dies jedoch nie offiziell bekannt gegeben. Erst in den letzten Jahren wurde die Zusammenarbeit wieder aufgenommen.

Deutsche Bleche und Rohre für Irans Raketenprogramm

Einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Focus“ zufolge soll eine Bremer Firma Rohre und Bleche aus Aluminium für das iranische Raketenprogramm geliefert haben. Vertreter von Generalbundesanwalt Kay Nehm hätten die Büros des ungenannten Metallwarenherstellers durchsucht, berichtet „Focus“.

Der Geschäftsführer des Unternehmens bestätigte „Focus“ die Aktion. Seinen Angaben zufolge seien die Lieferungen an die Firma Marlik Sun S. A. in Tehe-

ran gegangen. Vor dem Handel habe die Firma die Empfänger beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle überprüfen lassen. Die Außenhandelswächter hätten keine Bedenken gegen die Lieferungen geäußert. Nach Ansicht der Ermittler hatte der iranische Geheimdienst die Gesellschaft als Tarnung für die Beschaffung von rüstungstauglichen Gütern benutzt.

Bereits eine Woche zuvor hatte „Focus“ über ein Frühwarnschreiben der Bundesregierung an zahlreiche deutsche Firmen berichtet, in dem darauf hingewiesen wird, dass die iranische und syrische Rüstungsindustrie über kriminelle Zwischenhändler in Moskau direkt mit deutscher Spitzentechnologie beliefert werden.

Die gelieferten Messgeräte sowie hochwertige Antriebs- und Steuersysteme würden in Teheran für die Weiterentwicklung der Mittelstreckenrakete Schahab 3 genutzt, die mit Atomsprengköpfen bestückt werden und bei einer Reichweite von 3500 Kilometern auch europäische Ziele treffen könne, berichtete das Magazin weiter. Syrien nutze die über Moskau gelieferten deutschen Systeme für eine Modernisierung seiner veralteten Scud-Raketen, die insbesondere Israel bedrohten.

Das amtliche Frühwarnschreiben nennt laut „Focus“ 15 Firmen in Moskau, St. Petersburg und Samara, über die die illegalen Deals abgewickelt würden. Zu den Tarnfirmen zähle auch ein Institut der staatlichen Technischen Universität Moskau.



III. Außenpolitik

IAEA-Gouverneursrat beschließt Wieder- aufnahme der Atomverhandlungen

Iran und seine europäischen Verhandlungspartner Deutschland, Frankreich und Großbritannien werden ihre seit August ins Stocken geratenen Verhandlungen über das umstrittene iranische Atomprogramm wieder aufnehmen. Das ist das am 25. November erzielte Ergebnis der zweitägigen Sitzung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde (IAEA) in Wien.

Einen vorläufigen Ausweg aus der Krise, die zu eskalieren drohte, bot ein Vorschlag aus Moskau. Demnach soll ein Teil des iranischen Atomprogramms in Russland und unter Kontrolle eines russisch-iranischen Gemeinschaftsunternehmens abgewickelt werden. Iran solle die Umwandlung von Uranerz in das Gas Uran-Hexafluorid im eigenen Land gestattet werden, die eigentliche Urananreicherung soll dann in Russland erfolgen.

Zu Beginn der Sitzung hatten Vertreter der EU in ungewöhnlich scharfer Form die Haltung Irans im Streit um sein Atomprogramm angegriffen. Die EU sei „tief besorgt“ über die „vielfachen iranischen Versäumnisse“, sein Atomprogramm offen zu legen, sagte der britische EU-Botschafter bei der IAEA, Peter Jenkins. Teherans Verhalten untergrabe die Behauptung, sein Atomprogramm diene ausschließlich friedlichen Zwecken. Die EU sei bereit, angesichts des russischen Vorschlags der Diplomatie noch eine Chance einzuräumen. Allerdings sollte Teheran nicht glauben, „dass dieses Fenster unter allen Umständen geöffnet bleibt“.

Diplomaten zufolge herrschte unter den IAEA-Mitgliedsländern Einigkeit darüber, dass Iran auf eigenem Territorium kein Uran anreichern darf. Einen entsprechenden Entwurf legte das EU-Trio dem Gouverneursrat vor. „Es gibt einen breiten Konsens, Iran unter den gegenwärtigen Umständen alle mit der Anreicherung in Verbindung stehenden Aktivitäten auf seinem Staatsgebiet nicht zu erlauben“, hieß es in dem Papier.

Ob der russische Vorschlag, der offiziell noch nicht vorliegt, tatsächlich einen Ausweg aus der Krise bieten würde, ist mehr als fraglich. Denn Iran besteht als Unterzeichnerstaat des A-

tomsperrevertrags nach wie vor auf seinem Recht, den gesamten atomaren Brennstoffkreislauf im eigenen Land zu produzieren. „Das ist unser verbrieftes Recht und darauf werden wir unter keinen Umständen verzichten“, sagte der iranische Chef-Atomunterhändler Ali Laridschani im Vorfeld der IAEA-Tagung. Die EU wolle mit psychologischem Druck den Willen und die Entschlossenheit Irans angreifen. „Aber sie täuschen sich“. Diese Haltung wird trotz bestehender Differenzen und sich verschärfender Machtkämpfe von allen Fraktionen im islamischen Lager geteilt. Offiziell hat sich Teheran zu dem russischen Vorschlag noch nicht eindeutig geäußert, es gab in diesen Tagen ablehnende Stimmen, aber auch versteckte Signale der Kompromissbereitschaft. Irans Atombeauftragter und Vizepräsident Gholamreza Aghazadeh lehnte den Vorschlag ab, dagegen erklärte Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi, ein Vermittlungsvorschlag sei Iran nicht vorgelegt worden. Sein Land sei aber für konstruktive Vorschläge offen. Allerdings betonte auch er übereinstimmend mit Aghazadeh, Iran werde auf sein Recht, den vollständigen Brennstoffkreislauf im eigenen Land herzustellen, nicht verzichten.

Die USA haben Russlands Initiative begrüßt. Sie gehen jedoch nach Einschätzung von Diplomaten davon aus, dass auch dieser Versuch, wie zuvor die Initiative der Europäer, scheitern wird. Damit würde auch Russland einer Einschaltung des UN-Sicherheitsrats nicht mehr im Wege stehen.

Wie die Agentur Reuters meldete, hätten mehrere Geheimdienstvertreter am Rande der Gouverneurstagung bestätigt, dass Iran die Uran-Anreicherung in seinem unterirdischen Werk in Natans vorbereitet. Der Agentur liege ein vierseitiger Geheimdienstbericht vor, in dem ein hochrangiger Vertreter des iranischen Außenministeriums mit den Worten zitiert werde, dass am 24. Oktober bei einer Krisensitzung iranischer Atomexperten über Natans gesprochen worden sei. Dabei seien verschiedene Optionen erörtert worden. Ein fester Termin für das Anfahren sei nicht genannt worden. „Sie werden das nicht im Geheimen machen, sondern ganz offen wie bei der Uran-Konversionsanlage in Isfahan“, habe der Diplomat berichtet. Iran hat stets beteuert, die Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke nutzen zu wollen.



Widersprüche in Teherans Atompolitik

Widersprüche in der Außen- und Atompolitik der Islamischen Republik sind nicht neu, sie sind aber seit der Amtsübernahme Ahmadinedschads auffälliger und gravierender geworden. Während der radikal-islamistisch eingestellte Staatspräsident einen kompromisslosen Kurs steuert und durch seine Äußerungen, wie zum Beispiel die Forderung, Israel solle von der Landkarte getilgt werden, die Stimmung immer weiter anheizt, senden mächtige Graue Eminenzen dem Ausland Signale, die besagen sollen, dass andere im Land das Sagen haben. Tatsächlich machte Teheran in den vergangenen Wochen erstaunliche Zugeständnisse. Anfang November wurden den IAEA-Inspektoren die Tore der Militäranlage Parchin, bisher ein absolutes Sperrgebiet, geöffnet. Der für Iran zuständige Chefinspekteur Ollie Heinonen und zwei weitere Inspektoren erhielten Zugang zu der Anlage und durften dort und in der Umgebung Proben nehmen. Parchin liegt rund 30 Kilometer süd-östlich von Teheran. Die USA und Israel haben des öfteren die starke Vermutung geäußert, dass in dieser Anlage Uran angereichert werde.

Den Inspektoren wurde auch erlaubt, iranische Atomexperten zu verhören. Ferner wurden der IAEA bisher geheim gehaltene Unterlagen ausgehändigt. Ob beabsichtigt oder aus Versehen lagen dabei auch Dokumente, aus denen hervorgeht, dass Iran in den 80er Jahren von pakistanischen Mittelsmännern Anleitungen zum Bau von Gaszentrifugen erhalten hatte, mit denen Uran bis zur Atombombenfähigkeit angereichert werden könnte. Auch Pläne zum Bau von Bestandteilen von Atombomben, die ebenfalls aus Pakistan stammten, lagen dabei. Allerdings versuchte Teheran nachträglich die Bedeutung dieser Unterlagen herunterzuspielen. „Die in den anderthalb Seiten enthaltene Information ist nicht sehr anspruchsvoll und leicht in öffentlich zugänglicher Literatur und im Internet zu entdecken“, sagte der iranische IAEA-Botschafter Mohammad Mehdi Achundsa-deh. Sie sei unvollständig und ihre Übergabe ein Zeichen für ein vollständig transparentes Verhalten seines Landes gegenüber der IAEA.

Diplomaten und Atomexperten widersprachen dieser Darstellung. „Die iranische Erklärung ist lächerlich und nicht glaubhaft. Das sind Geheiminfor-

mationen“, sagte ein Nuklear-Spezialist der Umweltschutzorganisation Greenpeace der Nachrichtenagentur Reuters. Ein europäischer Diplomat erklärte zudem, das Internet habe zu der Zeit, in der Iran die Informationen erhielt, noch gar nicht existiert. Auch der US-Botschafter Gregory Schulte erklärte, der Plan stamme nicht aus dem Internet, sondern von einem Netzwerk für Atomwaffen.

Jedenfalls ist nicht klar, mit welcher Absicht diese Unterlagen der IAEA überreicht worden sind. Was immer der Grund sein mag, so viel „Transparenz“ lässt sich mit den Äußerungen der Radikalislamisten nicht in Einklang bringen. Erstaunlich ist auch, dass Teheran drei Tage vor der entscheidenden IAEA-Gouverneursratssitzung der Aufforderung nachkam, die umstrittene Atomanlage in Isfahan stillzulegen, wenn auch unter dem Vorwand, die Anlage müsse repariert werden. Gerüchte besagen sogar, dass seit Wochen zwischen Teheran und Washington geheime Verhandlungen geführt werden.

Am 6. November forderte Iran überraschend die EU zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über sein Atomprogramm auf. Ferner wurde durch ein Kabinettsbeschluss der iranischen Atombehörde die Genehmigung erteilt, „iranische oder ausländische Investoren aus dem öffentlichen oder privaten Bereich für das Uran-Anreicherungsprojekt zu suchen“.

Diese Kompromissbereitschaft steht wiederum im Gegensatz zu einem Parlamentsbeschluss, der wenige Tage vor der Sitzung des Gouverneursrats erfolgte. Das mehrheitlich von Konservativen besetzte Parlament in Teheran stimmte einem Entwurf zu, in dem die Regierung aufgefordert wird, das Zusatzprotokoll des Atomsperrvertrags zu kündigen, falls der IAEA-Gouverneursrat den Streit an den UN-Sicherheitsrat überweisen sollte. Das Zusatzprotokoll erlaubt der IAEA, unangemeldete Kontrollen von Nuklearanlagen durchzuführen.

Es könnte durchaus sein, dass alle diese Offerten einerseits und die provokativen und unnachgiebigen Stellungnahmen andererseits auf eine gut ausgetüftelte Doppelstrategie mit verteilten Rollen zurückzuführen sind. Doch der zurzeit tobende innere Machtkampf in Iran deutet eher daraufhin, dass mächtige Kräfte den vor Übereifer



strotzenden Staatspräsidenten in die Schranken weisen oder gar, wie manche Beobachter vermuten, seinen baldigen Sturz herbeiführen wollen.

Welches Ziel verfolgen die USA?

Im Gegensatz zu dem EU-Trio, das den Atomkonflikt mit Iran auf diplomatischem Wege zu lösen versuchte, steuerte Washington einen harten Kurs. Der UN-Sicherheitsrat sollte eingeschaltet werden, um Sanktionen gegen Iran zu beschließen. Auch eine militärische Option sollte nicht ausgeschlossen werden. Mehrmals erklärte Präsident Bush, die Option eines militärischen Schlags gegen Iran sei „nicht vom Tisch“. Er machte keinen Hehl daraus, dass Washington die Islamische Republik als einen „Schurkenstaat“ betrachtete und dort einen Regimewechsel anstrebe.

Doch diese Position wurde etwas relativiert, nachdem sich abzeichnete, dass die EU-Staaten mit ihrem Vermittlungsversuch scheitern werden. Washington zeigte sich auf einmal kompromissbereit und erklärte, die USA werden die diplomatischen Bemühungen der EU unterstützen. Die Strategie war logisch. Anders als im Irak-Krieg wollen die USA keinen Alleingang riskieren. Die EU sollte so rasch wie möglich die Fronten wechseln und dem Kurs Washingtons folgen. Die Rechnung ging auf. Die EU stellte Maximalforderungen an Iran, ohne dem Land gleichgewichtige Angebote zu machen und seinem nachvollziehbar starken Bedürfnis nach Sicherheit und Selbstverteidigung entgegenzukommen. Damit waren die Verhandlungen von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das wussten offenbar die USA, das hätten auch die EU-Staaten wissen müssen. Mit dem Scheitern geriet die EU in das Fahrwasser der USA, sie stellte, unterstützt von Washington, im September bei der Tagung des IAEA-Gouverneursrats einen Antrag, den Streit um das iranische Atomprogramm an den UN-Sicherheitsrat weiterzuleiten. Doch damit stieß sie auf den Widerstand Russlands und Chinas. Für Washington war die erste Hürde überwunden, die EU war längst im Boot.

Dasselbe Szenario soll allem Anschein nach nun auch mit Russland durchgespielt werden. Als der russische Vermittlungsvorschlag, Iran zu gestatten, auf seinem Territorium Uran in das gasförmige Uran-Hexafluorid umzuwan-

deln und dieses anschließend in Russland anzureichern, zunächst von den Medien als ein gemeinsamer Vorschlag der USA und des EU-Trios bekannt gegeben wurde, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice kategorisch, es gebe keinen gemeinsamen Vorschlag der USA und der Europäer. Die USA seien keine Verhandlungspartei und wollten auch keine werden. Zu dem Vorschlag selbst sagte Rice, die USA wären darüber „sehr besorgt“, wenn Iran Vorräte an atomwaffenfähigem UF₆ anlegen könnte. Doch zwei Wochen später, als Iran weiterhin auf sein Recht beharrte, den gesamten Brennstoffkreislauf im eigenen Land zu produzieren und es sich damit abzeichnete, dass auch Russland höchstwahrscheinlich mit seinem Vermittlungsvorschlag scheitern würde, erklärte US-Präsident George W. Bush sein Einverständnis mit dem russischen Vorschlag. Kurz vor Beginn des Gipfeltreffens der Pazifik-Anrainerstaaten (Apec) in der südkoreanischen Hafenstadt Pusan sagte er seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin seine Unterstützung für dessen Vorstoß zu.

Prompt kam auch ein Ja aus Brüssel. Obwohl die Europäer die Verhandlungen mit Iran für beendet erklärt hatten, weil Iran die Produktion des Anreicherungs-gases UF₆ in Isfahan wieder aufgenommen hatte, stellten sich nun die Europäer, Washington folgend, hinter den russischen Vorschlag und verzichteten darauf, bei der Sitzung des Gouverneursrats am 24. November die ursprünglich beabsichtigte Einschaltung des UN-Sicherheitsrats zu beantragen.

Indes setzte Washington das Spiel fort. Einerseits wurde durch Lancierung von immer neuen Nachrichten in den Medien die Stimmung gegen Iran angeheizt. Ein angeblich gestohlenes Laptop und Pläne, die pakistanische Mittelsmänner in den 80er Jahren über den Bau von Atombomben an Iran übergeben haben sollen, sollten beweisen, dass Iran doch den Bau der Bombe plant. Auf der anderen Seite beteuerte die Bush-Regierung weiterhin, die diplomatische Initiative Russlands unterstützen zu wollen. Doch die Taktik der USA wurde erst deutlich, als US-Außenamtssprecher Sean McCormack zwei Tage vor der Sitzung des IAEA-Gouverneursrats die Katze aus dem Sack ließ. Es solle zunächst abgewartet werden, „was die Diplomatie in den nächsten Tagen bringt“, sagte er in Washington. Grundsätzlich sei Washington aber weiter der Überzeugung, dass



der Fall vor den Weltsicherheitsrat gebracht werden sollte. McCormack erklärte: „Wir werden uns das Recht vorbehalten, einen entsprechenden Vorstoß zu einem Zeitpunkt unserer Wahl zu unternehmen.“ Folgerichtig meinte ein westlicher Diplomat gegenüber der AFP, die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, „dass es sich lohnt, noch mehrere Monate zu warten, um Russland und China auf ihre Seite zu bringen“.

Deutschland drängt Iran zum Einlenken

Deutschlands neuer Außenminister, Frank-Walter Steinmeier, hat Iran zum Einlenken im Atomkonflikt aufgefordert und zugleich neue Kompromissvorschläge angedeutet. „Wir werden dieser Tage Iran zeigen, dass wir die Verhandlungsbereitschaft ernst meinen“, sagte der Minister der „Bild am Sonntag“. Iran dürfe und solle Atomkraftwerke friedlich nutzen, müsse aber „die Sorge der Weltgemeinschaft ausräumen, dass Iran heimlich Atomwaffen entwickelt“. „Niemand drängt auf den Gang zum UN-Sicherheitsrat, aber wenn Iran nicht einlenkt, könnte er unvermeidbar werden“.

Gefragt, ob er eine Eskalation des Konflikts bis hin zu einem Krieg für möglich halte, sagte Steinmeier: „Ich kann mir das nicht vorstellen“. Auch die iranische Regierung werde erkennen, dass sie auf die internationale Staatengemeinschaft angewiesen sei. Außerdem wolle niemand in der Welt den Konflikt im Nahen Osten weiter anheizen. „Das eigentliche Drama dieses Konflikts ist: Iran hätte das Potential, sich zu einem Stabilitätsanker in der Region zu entwickeln. Ich wünsche mir, dass Iran diese Chance erkennt.“

Millionen Milizionäre unterstützen Irans Position im Atomstreit

Zwei Tage nach dem Beschluss des IAEA-Gouverneursrats, die Verhandlungen im Streit um das iranische Atomprogramm fortzusetzen, haben nach offiziellen Angaben in Teheran rund neun Millionen Mitglieder der Milizenorganisation Basidji an landesweiten Demonstrationen teilgenommen. Offenbar sollte die staatlich organisierte Mobilisierung Stärke demonstrieren.

In der Hauptstadt Teheran paradierten rund 3000 Basidjis mit automatischen Gewehren vor Präsident Ahmadinedschad.

Dabei skandierten sie: „Gott ist der Größte“. Der Präsident lobte ihren militärischen Geist und sagte, dieser würde ausländische Mächte im Atomstreit bremsen. „Die ausländischen Mächte ärgern sich tatsächlich, wenn sie die Macht und den Geist erleben, die jetzt unsere internationale Politik, diplomatischen Beziehungen und Verhandlungen bestimmen“, sagte er. „Auf ihre Empörung entgegne ich: Macht weiter und ärgert euch zu Tode“.

Den Basidjis gehören rund zehn Millionen Iraner an, das sind 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Milizenorganisation war ursprünglich zu Beginn der Revolution als Massenorganisation zum Aufbau und zur Entwicklung des Landes gegründet worden. Doch im Zuge des Iran-Irak-Krieges (1980-1988) hat sie sich zunehmend militarisiert. Heute ist sie ein wichtiges Machtinstrument in der Hand der Radikalislamisten. Die Basidjis werden auch zur Liquidierung von Oppositionellen, insbesondere an Schulen und Universitäten eingesetzt. Unbedingt zu bemerken ist jedoch, dass sich nicht alle Basidjis für solche Tätigkeit instrumentalisieren lassen. Sieht man von dem „harten Kern“ ab, sind viele Mitglieder am Aufbau des Landes und an der Erfüllung sozialer Aufgaben interessiert.

Ahmadinedschad nutzte den Aufmarsch für einen Rundumschlag gegen den Westen. Er nahm indirekt Bezug auf eine wenige Tage zuvor verabschiedete Resolution des Europarlaments gegen die Verletzung der Menschenrechte in Iran und sagte: „Ihr tötet Tag für Tag überall auf der ganzen Welt Hunderte von Menschen, schickt durch Monopolisierung der Medikamente täglich Tausende Afrikaner in den Tod, ihr habt nicht das Recht, das Wort Menschenrechte in den Mund zu nehmen. Ihr unterstützt die zionistischen Besatzer, die jeden Tag gegen das palästinensische Volk ein Blutbad anrichten, ihr dürft das Wort Menschenrechte nicht in den Mund nehmen. Was spielt ihr euch als Herren der Welt auf?“

Der Präsident nahm Bezug auf den Tod des Brasilianers, der in London irrtümlich von der Polizei niedergeschossen wurde und sagte: „Ihr erlaucht eurer Geheimpolizei, auf jeden, der auf der Straße läuft, zu schießen, ihr habt die schlimmsten und menschenfeindlichsten Diktaturen unterstützt.“ Ausländische Mächte hätten das Saddam-Regime im Krieg gegen Iran unterstützt



und ihm chemische und biologische Waffen zur Verfügung gestellt, sagte Ahmadinedschad. „Ihr verdächtigt uns wegen unseres Atomprogramms und wir verdächtigen euch, nein wir sind davon überzeugt, dass eure Atomprogramme menschenfeindlich sind, dass ihr im Besitz von Massenvernichtungswaffen seid und diese immer weiter ausbaut. Wer gibt euch das Recht, uns an friedliche Anwendung der Atomenergie zu hindern?“

Ahmadinedschad bezeichnete alle, die Iran empfehlen, kompromissbereit zu sein, als „wertlose Schwächlinge“. Die Feinde Irans sollten endlich aufwachen. „Die Zeit, in der ihr die Herren der Welt wart und andere Menschen für eure Knechte hieltet, ist längst vorbei“, sagte er. „Die Völker erlauben euch nicht mehr, die Menschenrechte für euch zu beanspruchen und über die Entwicklung und Forschung in anderen Ländern zu richten.“

Iran streckt Fühler nach Nordkorea aus

Dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ zufolge hat die iranische Regierung Nordkorea ein umfassendes wirtschaftliches Hilfsprogramm angeboten, falls das Land im Gegenzug bereit wäre, Unterstützung bei der Entwicklung von Atomraketen zu leisten. Der Spiegel-Bericht beruft sich auf westliche Geheimdienstkreise, ein hochrangiger Emissär habe Nordkorea eine entsprechende Offerte gemacht. Er sei als Chef einer so genannten Nordkoreanisch-iranischen Freundschaftsgesellschaft in der zweiten Oktoberwoche nach Pjöngjang gereist und habe dem unter chronischen Versorgungsengpässen leidenden kommunistischen Land Erdöl- und Erdgaslieferungen in Aussicht gestellt.

Iran habe ein doppeltes Interesse, dass es bei den Sechs-Nationen-Gesprächen über das nordkoreanische Atomprogramm nicht zu einer Einigung komme. Zum einen sei Nordkorea mit seinen Nodong-Missiles, auf deren Design die iranische Schahab-3 basiert, der wichtigste Partner für Irans Raketen. Zum anderen fürchte Teheran, nach einem möglichen Einlenken Pjöngjangs als alleiniger Störenfried auf dem Atomsektor dazustehen und noch stärker unter Druck Washingtons, der EU und UNO-Kontrolleure zu geraten. Bis jetzt sei unklar, wie Nordkorea auf das Geheimangebot aus Teheran reagieren werde.

Britischer Botschafter einbestellt

Das Teheraner Außenministerium hat den britischen Botschafter in Teheran, Sir Richard Dalton, am 24. November einbestellt, um gegen „Menschenrechtsverletzungen in den EU-Staaten und insbesondere in Großbritannien“ zu protestieren. Das Land hat zurzeit den Vorsitz im EU-Rat inne.

Presseberichten zufolge habe der für Westeuropa zuständige Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium, Ebrahim Rahimpur, dem britischen Botschafter gegenüber die Verletzung der Menschenrechte, insbesondere der Muslime, angeprangert. „Die Moscheen und Privatwohnungen der Muslime werden durchsucht, Muslime werden willkürlich verhaftet und Qualen ausgesetzt, ihre Gräber werden geschändet und sie werden auf den Straßen kontrolliert“, sagte Rahimpur. Er kritisierte die neuen Maßnahmen und Verordnungen in Großbritannien gegen den internationalen Terrorismus. „Diese Verordnungen liefern einen Vorwand, um unschuldige Muslime wochenlang festzuhalten“, sagte Rahimpur. Die Lage sei für die Muslime und für die meisten islamischen Staaten „besorgniserregend“.

Die Einbestellung erfolgte einen Tag nachdem die britische Regierung eine EU-Resolution gegen die Verletzung der Menschenrechte in Iran veröffentlicht hatte. Rahimpur bezeichnete diese Resolution als einen Versuch, von den eklatanten Menschenrechtsverletzungen in Europa und im Irak abzulenken.

EU-Parlament verurteilt Haltung gegenüber Israel

Das Europäische Parlament hat am 17. November die iranische Forderung nach der Auslöschung Israels scharf verurteilt und Teheran zur Anerkennung des jüdischen Staates aufgerufen. Die jüngsten Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, wonach Israel von der Landkarte getilgt werden solle, schürten Bedenken über die Rolle Irans in der Region und seine Absichten. Die iranischen Behörden müssten eine aktive und positive Rolle im Nahen Osten spielen, hieß es weiter in der in Straßburg verabschiedeten Resolution. Darin wurde Iran ferner aufgerufen, internationalen Terrorgruppen keine Unterstützung zu gewähren.

Kofi Annan sagte Iran-Reise ab

UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte seine für den 11. November geplante Reise nach Iran ab. Das Außenministerium in Teheran teilte nach einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA mit, Teheran habe um Verschiebung des Besuchs „auf einen geeigneteren Zeitpunkt in der Zukunft“ gebeten.

UN-Sprecher Stephane Dujarric hatte zur selben Zeit in New York erklärt, der UN-Generalsekretär und die iranische Regierung seien übereingekommen, dass dies „angesichts der andauernden Kontroverse“ nicht der angemessene Zeitpunkt für einen solchen Besuch sei. Der Weltsicherheitsrat hatte eine Woche zuvor die Drohung des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, Israel „von der Weltkarte tilgen“ zu wollen verurteilt. Annan wollte vom 11. bis 13. November in Teheran dieses Thema sowie das umstrittene iranische Atomprogramm und die Spannungen im Nahen Osten erörtern.

10.000 Italiener vor der iranischen Botschaft in Rom

Rund 10.000 Italiener haben am 3. November vor der iranischen Botschaft in Rom gegen die israel-feindlichen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad demonstriert. An dem friedlichen Protest nahmen neben jüdischen Organisationen Dutzende Abgeordnete und Politiker teil, unter anderem auch der römische Bürgermeister Veltroni. Italiens Außenminister Gianfranco Fini sagte seine Teilnahme kurzfristig ab, weil er, wie er im Fernsehen sagte, „schädigende Folgen“ für sein Land fürchtete. Auch Verteidigungsminister Antonio Martino blieb der Kundgebung fern. Er wolle „keine weiteren unkontrollierbaren Hassbezeugungen“ hervorrufen, erklärte er.

Zuvor hatten mehrere Dutzend Iraner vor der italienischen Botschaft in Teheran gegen die Kundgebung am Abend protestiert. Dabei schwenkten sie Spruchbänder und Plakate, auf denen sie den Rückzug der etwa 3000 italienischen Soldaten aus dem Irak verlangten und die Forderung des iranischen Präsidenten wiederholten, den zionistischen Staat Israel von der Landkarte zu tilgen.

USA verlängern Sanktionen gegen Iran

US-Präsident George W. Bush hat am 11. November die seit mehr als zwei Jahrzehnten bestehenden Sanktionen gegen Iran um ein weiteres Jahr verlängert. „Die Beziehungen zwischen unseren Ländern haben sich seither nicht normalisiert“, schrieb Bush zur Begründung an den US-Kongress. Dies ging aus einer veröffentlichten Erklärung des Weißen Hauses hervor. Die Sanktionen, zu denen unter anderem das Einfrieren der Konten der iranischen Führung gehört, wurden am 14. November 1979 vom damaligen US-Präsident Jimmy Carter kurz nach der Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran verhängt.

Eine Milliarde Dollar Anleihe für Irak

Am Ende des Staatsbesuchs des irakischen Präsidenten Djalal Talebani in Teheran sagte sein iranischer Amtskollege Ahmadinedschad, zwischen den Staaten und Völkern Iraks und Irans gäbe es eine enge Verwandtschaft. Der Irak befinde sich auf dem Weg des Aufbaus und der Entwicklung. Was zurzeit dem irakische Volk an Unrecht widerfahre, sei besorgniserregend. Doch er hoffe mit Zuversicht, dass es rasch gelingen werde, die Herrschaft des Volkes und seiner gewählten Regierung voll zu etablieren und die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten.

Talebani bedankte sich für die freundliche Aufnahme und für die besondere Aufmerksamkeit, die sowohl die iranische Regierung als auch das iranische Volk ihrem Nachbarn Irak widmen. „Ich hatte die Ehre, mit dem Revolutionsführer und dem Staatspräsidenten gute und ergiebige Gespräche zu führen“, sagte er. „Sie haben mir versichert, dass es für die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern keine Einschränkungen gäbe. Wir haben bei unseren Gesprächen über politische, wirtschaftliche Fragen und über Fragen der Sicherheit vereinbart, dass Iran dem Irak ein zinsloses Darlehen in Höhe von 10 Millionen Dollar und ein langfristiges Darlehen von einer Milliarde Dollar mit niedrigen Zinsen zur Verfügung stellt.“